

Ich rufe auf:

2 Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6726 – Neudruck

erste Lesung

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6838

Zur Einbringung des Gesetzentwurfes erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem heutigen Tag setzen wir einen Meilenstein für die Verbesserung der frühkindlichen Bildung in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit dem Pakt für Kinder und Familien investieren wir jährlich rund 1,3 Milliarden Euro zusätzlich, und dies aufwachsend. Rund 1 Milliarde Euro davon investieren wir allein in die Qualität.

Heute bringen wir mit dem Regierungsentwurf eines Gesetzes zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung eines unserer herausragenden Projekte dieser Legislaturperiode auf die Schiene: die Reform des Kinderbildungsgesetzes.

Wir wollen Nordrhein-Westfalen zu einem Land machen, das beste Chancen für alle Familien mit bestmöglicher individueller Förderung für alle Kinder, und zwar unabhängig von der Herkunft der Eltern, bietet.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit der Reform investieren wir deshalb flächendeckend gezielt in Qualität in der gesamten Kindertagesbetreuung, sowohl in den Kitas als auch – das ist wichtig – in der Kindertagespflege.

Ein besonders wichtiger Schritt für mehr Qualität ist natürlich die Sicherung der Finanzierung. Land und Kommunen, mit denen wir hart, aber fair verhandelt haben, setzen allein für die Beseitigung der bisherigen strukturellen Unterfinanzierung in den Kindertageseinrichtungen gemeinsam rund 750 Millionen Euro ein.

Damit sind die finanziellen Ressourcen zur Refinanzierung der tatsächlichen Personalkosten zukünftig vorhanden. Einsparungen und Befristungen zulasten

des Personals sollten damit der Vergangenheit angehören.

In den Kindertageseinrichtungen kann auch wieder mehr Personal beschäftigt werden. Rechnerisch können 488.000 Fachkraftstunden pro Woche mehr finanziert werden. Gleichzeitig wird das Personal davon profitieren, dass sich Kostensteigerungen in der Finanzierung realistisch abbilden.

Lange wurde hier im Haus, aber auch von den verschiedenen Trägern und den verschiedenen Organisationen ein Index gefordert. Wir setzen ihn um. Die Refinanzierung wird künftig nicht mehr starr um 1,5 % jährlich gesteigert, sondern entsprechend der tatsächlichen Tarifierhöhung und Kostenentwicklung. So machen wir das KiBiz dauerhaft zukunftssicher.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, nicht nur die Kindpauschalen werden jährlich mit der dynamischen Fortschreibungsrate angepasst, sondern auch andere personalrelevante Zuschüsse – zum Beispiel im Bereich der Sprachförderung –; denn unser Ziel ist, mehr Qualität für alle zu erreichen.

Einige wichtige Punkte möchte ich Ihnen kurz nennen:

Die für die Teams, aber auch für die gesamte Qualität in den Einrichtungen wichtige Leitungszeit wird abgesichert.

Die Zuschüsse je Familienzentrum werden im Startjahr von 13.000 Euro bzw. 14.000 Euro auf 20.000 Euro erhöht.

Die jährlichen Mittel für plusKITAs in den schwierigen Stadtvierteln werden von insgesamt 70 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro erhöht.

Das Land bezuschusst die Fachberatung. Je Kindertageseinrichtung erhalten die Träger 1.000 Euro; je Kindertagespflegeperson erhält die Fachberatung 500 Euro.

Ganz wichtig – weil es uns auch um die Fachkräftegewinnung geht – ist, dass ausbildende Einrichtungen einen zusätzlichen Zuschuss erhalten. Damit können sie einerseits die angemessene Vergütung der Auszubildenden und andererseits Ressourcen für eine qualifizierte Praxisanleitung sichern.

Die Kindertagespflege wird weiter gestärkt. Die Qualifizierung wird gefördert, indem zum Beispiel die kompetenzorientierte Qualifizierung von allen neuen Kindertagespflegepersonen unterstützt wird.

Meine Damen und Herren, insgesamt knapp 1 Milliarde Euro zusätzlich für Qualität, mit Index, zukunftssicher! Darauf bin ich stolz.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir entlasten darüber hinaus Familien spürbar mit einem weiteren beitragsfreien Kindergartenjahr.

Zudem unterstützen wir sie durch die Finanzierung von flexiblen Betreuungsangeboten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Diese behutsame Flexibilisierung geben wir ganz bewusst in die Hände der Kommunen, damit sie diese Flexibilität bedarfsgerecht vor Ort gestalten können.

Es ist in einem solchen Gesetzgebungsverfahren zu diesem Zeitpunkt ganz normal, dass alle Seiten noch einmal Maximalforderungen aufstellen. Die Gewerkschaften fordern höhere Zuschüsse, die Träger geringere Trägeranteile, die Eltern noch mehr Elternbeitragsfreiheit. Es gehört natürlich zum politischen Betrieb und zu einer lebendigen Demokratie dazu, dass jeder noch einmal seine Interessen nach vorne stellt.

Ich halte es aber für einen großen Erfolg, dass es uns gelungen ist, verschiedene Interessen zusammenzubinden, den Stillstand der vergangenen sieben Jahre zu überwinden und vor allem mit diesem Gesetz einen Gewinner in Nordrhein-Westfalen zu schaffen, nämlich unsere Kinder. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Minister Dr. Stamp hat die Redezeit der Landesregierung um 1:12 Minuten überzogen. Die Fraktionen bekommen entsprechend verlängerte Redezeiten. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Kamieth das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind im Mai 2017 bei der Landtagswahl mit dem Versprechen angetreten, Familien, Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen endlich wieder offensiv zu fördern. Dieses Versprechen lösen wir, CDU und FDP, seit Tag eins unserer Regierungsübernahme konsequent und Schritt für Schritt ein.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf für das neue Kinderbildungsgesetz machen wir einen besonders großen und wichtigen Schritt nach vorne.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Hauptsache, ihr glaubt das selber!)

Besonders groß und wichtig ist er deshalb, weil wir mit dem neuen Kinderbildungsgesetz endlich ein System der Kindertagesbetreuung in unserem Land auskömmlich finanzieren.

Besonders groß und wichtig ist er aber auch deshalb, weil wir mit der auskömmlichen Finanzierung den Weg frei machen für mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung, für mehr Flexibilität im System der Kin-

dertagesbetreuung, für bessere Rahmenbedingungen für pädagogisches Fachpersonal – Stichwort „Leitungsfreistellung“ –, für mehr Fachberatung in den Kitas, aber auch bei den Tagespflegepersonen, für mehr Kitaplätze durch unsere Kita-Platz-Ausbaugarantie und für ein weiteres beitragsfreies Kitajahr, das gerade die Familien in Nordrhein-Westfalen spürbar entlastet. Das sind nur einige der Verbesserungen, die mit dem neuen KiBiz in Nordrhein-Westfalen Einzug halten.

Meine Damen und Herren, 1,3 Milliarden Euro – das sind 1.300 Millionen Euro, die wir ab dem Jahr 2020 jährlich und zusätzlich in das System der frühkindlichen Bildung in Nordrhein-Westfalen investieren.

(Zuruf von der SPD)

1,3 Milliarden Euro sind eine Summe, die sich die wenigsten vorstellen können – eine Summe, die aber dennoch real ist.

Mit diesem Geld schaffen wir überhaupt erst die finanziellen Voraussetzungen dafür, dass es strukturell besser werden kann:

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: An welchen Haushaltsstellen werden denn die 1,3 Milliarden Euro stehen?)

1,3 Milliarden Euro, davon 1 Milliarde Euro allein für mehr Qualität in den Kitas. Deshalb setzen wir als NRW Koalition und Landesregierung auf eine gezielte Ausbildungs- und Fachkraftoffensive. Die finanzielle Förderung der PIA, der praxisintegrierten Ausbildung, ist ins KiBiz aufgenommen worden. Das ist ein erster wichtiger Schritt.

Der 30. US-amerikanische Präsident Calvin Coolidge hat einmal gesagt: Zuhören ist der halbe Erfolg. – Ich meine, da liegt er völlig richtig: erst zuhören, dann entscheiden und anschließend handeln. Das ist der Dreiklang, mit dem diese NRW-Koalition Politik für sie, Politik mit den Menschen in Nordrhein-Westfalen gestaltet.

Seit Mai 2017 haben wir im Landtag und bei vielen auswärtigen Veranstaltungen Dutzende Gespräche geführt: mit Eltern, mit Erzieherinnen, mit Erziehern, mit Tagespflegepersonen, mit Vertretern von Verbänden, Gewerkschaften und weiteren Organisationen. CDU und FDP haben zwei Werkstattgespräche durchgeführt, die sehr gut besucht waren.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Anschließend war es ein Totalschaden!)

Das letzte Werkstattgespräch hat vor wenigen Tagen genau hier im Plenarsaal stattgefunden: Mehr als 400 Praktikerinnen und Praktiker sind unserer Einladung gefolgt.

Der jetzt in diesem Hohen Haus vorliegende Gesetzentwurf ist deshalb das Ergebnis dieses Zuhörens,

des Miteinander-Redens und des Aufeinander-Zugehens. Ich bin allen sehr dankbar, die konstruktiv und mit viel Herzblut an diesem Prozess mitgewirkt haben.

Ich habe es eingangs gesagt: CDU und FDP sind angetreten, um Familien, Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen endlich wieder offensiv zu fördern. Die Erfolge, die wir dabei erzielt haben, können sich allesamt sehen lassen. Einige Punkte möchte ich stellvertretend nennen:

Wir haben erstens die Familienzentren weiter ausgebaut. Wir haben zweitens die Stärkung der Familienbildung vorgenommen. Wir haben drittens die Absicherung und den Ausbau der präventiven familienbezogenen Infrastruktur gefördert, viertens die finanzielle und auch die ideelle Unterstützung der LSBTI-Community und fünftens die finanzielle Unterstützung von Paaren mit unerfülltem Kinderwunsch gesichert.

Mit dem neuen Kinderbildungsgesetz von CDU und FDP investieren wir zusätzlich jährlich 1,3 Milliarden Euro ab dem Jahre 2020 in das System der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen:

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das wird nicht wahrer dadurch, dass Sie das wiederholen!)

in mehr Qualität, in mehr Flexibilität, in bessere Rahmenbedingungen, mehr Fachberatung, mehr Kita-plätze und ein weiteres beitragsfreies Kindergartenjahr zur Entlastung der Familien in Nordrhein-Westfalen. Das ist ein großer Wurf.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Noch ein letzter Gedanke zu dem Entschließungsantrag der Grünen: Sie haben da einige Wünsche von Beteiligten zusammengeschrieben, ohne allerdings die unterschiedlichen Interessen in Einklang zu bringen.

Zusätzlich haben Sie keinerlei Finanzierungsvorschläge gemacht, wie Sie das in dem vorhandenen Rahmen finanzieren wollen. Als Opposition darf man das; aber man kann dann nicht damit rechnen, dass man Zustimmung bekommt.

Wir werden dem Entschließungsantrag selbstverständlich keine Zustimmung geben. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kamieth. – Für die Fraktion der SPD hat nun Herr Kollege Dr. Maelzer das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! KiBiz ist Mumpitz. Noch nie waren die Bedingungen

so günstig dafür, diesen Mumpitz zu beenden und die Finanzierung unserer Kitas vom Kopf auf die Füße zu stellen.

(Beifall von der SPD)

Die Steuereinnahmen sind um fast 8 Milliarden Euro höher als zu rot-grünen Zeiten.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Die Kommunen sind wieder bereit, mitzufinanzieren. Der neue Länderfinanzausgleich ist günstiger für Nordrhein-Westfalen. Durch das Gute-KiTa-Gesetz von Franziska Giffey fließen zusätzlich 1,2 Milliarden Euro nach Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Herr Minister, jetzt sind Sie dran: Sie müssen liefern. Was Sie uns hier als Gesetzentwurf vorgelegt haben, sollte vielleicht einmal Ihr Meisterstück sein; doch Ihre Arbeit erfüllt die Erwartungen noch nicht einmal annähernd:

Die Freie Wohlfahrt kritisiert, dass mit dem Vorhaben keine grundsätzliche und grundlegende Neuausrichtung der gesetzlichen Grundlage gelungen ist.

Die Landschaftsverbände erklären, dies sei keine grundlegende Reform. Eine Sockelfinanzierung hätte den Trägern mehr Planungssicherheit gegeben.

Die AWO Niederrhein schreibt: Kein Systemwechsel, hier wird der Status quo verwaltet.

Darum stimmt auch nicht, was eben Herr Kamieth mit Inbrunst vorgetragen hat: Vom Land kommt nicht mehr Geld für Qualität. Es bleibt beim Status quo.

(Beifall von der SPD)

Jegliche Verbesserungen, die sich im Keim hier abzeichnen, kommen durch das Gute-KiTa-Gesetz von Franziska Giffey – sie kommen nicht von Ihnen.

Die Gewerkschaften haben Ihren Referentenentwurf rundweg abgelehnt. Selbst die kommunalen Spitzenverbände, mit denen Sie vorher einen Pakt geschlossen haben, sparen nicht mit Kritik.

Mit anderen Worten: Sie schaffen es, die gesamte Kitalandschaft enttäuscht zurückzulassen. Es ist nicht richtig, hier am Redepult so einfach darüber hinwegzugehen, nach dem Motto, das wären halt die üblichen Forderungen, die in einem solchen Gesetzgebungsverfahren kommen würden.

(Beifall von der SPD)

Eine Zeit lang hatte man wirklich das Gefühl, als könne Schwarz-Gelb vor Kraft kaum laufen. Doch das war lange vor dem Gesetzentwurf, in dem Sie das KiBiz fortschreiben.

Mittlerweile reicht Ihre Kraft noch nicht einmal bis vor die Tür des Landtages. Denn dort standen gestern

Eltern und Erzieherinnen des Aktionsbündnisses „Mehr Große für die Kleinen“. Dieses Bündnis hat im Mai nicht nur mehr als 10.000 Teilnehmer zur Demonstration nach Düsseldorf mobilisiert – nein, es hat weitergemacht und mehr als 80.000 Unterschriften gegen Ihre Kitapolitik gesammelt,

(Beifall von der SPD)

gegen die Kitapolitik von CDU und FDP.

Aber, Herr Minister, ebenso wenig wie Sie den Weg zur Demo gefunden haben, um sich dort der Kritik zu stellen, haben Sie es für nötig befunden, die Unterschriften entgegenezunehmen.

(Zurufe von der SPD: Buh! – Stefan Zimkeit [SPD]: Feige!)

Auch wenn Sie zu beschäftigt waren, hätte man doch zumindest von den Familienpolitikern von CDU und FDP die Größe erwarten können, die paar Schritte raus aus dem Landtag zu machen und sich den Erzieherinnen und Erziehern zu stellen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das haben Sie nicht gemacht. Sie wollten sich dieser Kritik nicht stellen. Ein solches Verhalten hat schon sehr viel von der Arroganz der Macht.

(Beifall von der SPD)

Aber die Realität verschwindet nicht, wenn man sie ignoriert. Natürlich werden auch diese 80.000 Stimmen gegen Ihr Gesetzesvorhaben hier im Landtag Gehör finden, denn wir waren bei den Protestierenden, wir haben die Unterschriften entgegengenommen, und wir bringen sie dahin, wo sie hinsollen, nämlich in den Landtag von Nordrhein-Westfalen. Darum sind die Unterschriften hier auf den Plätzen der Opposition zu sehen.

(Beifall von der SPD)

Aber Ihre Kraft scheint dafür nicht auszureichen, denn Ihre ganze Kraft brauchen Sie zum Zurückrudern.

Sie wollten Betriebskitas für privat-gewerbliche Träger mit Gewinnerzielungsabsicht öffnen. Da mussten Sie zurückrudern: Das Vorhaben hat es nicht einmal in den Referentenentwurf geschafft.

Sie wollten die maximale Flexibilität bei den Betreuungszeiten ohne Rücksicht auf das Kindeswohl, ohne Rücksicht auf pädagogische Anforderungen und ohne Rücksicht auf die Erzieherinnen und Erzieher. Hier sind Sie im Gesetzentwurf bereits ein Stück zurückgerudert. Ich finde, das war dringend notwendig.

Besonders hat mich gefreut, dass Sie bei den plusKITAs zurückgerudert sind. Was hat die FDP gegen die zusätzliche Förderung in schwierigen Quartieren polemisiert! – Jetzt bleibt es bei den plusKITAs, und

dank des Gute-KiTa-Gesetzes von Franziska Giffey kann hier sogar noch eine Schippe draufgelegt werden. Gut so.

(Beifall von der SPD)

Aber ein gutes Gesetz macht man nicht durch Zurückrudern. Es müsste heißen: Volle Kraft voraus. – Das bedeutet: weg vom KiBiz, weg von den Kindpaulschalen, hin zu einer Sockelfinanzierung mit Planungssicherheit für die Träger, mit angemessenen Personalstandards, mit einer auskömmlichen Finanzierung auch der Sachkosten.

Diese Kritik haben Sie völlig ausgeblendet. Aber wenn Geld für Sachkosten fehlt, steht das Geld auch nicht für Personal zur Verfügung. Dann heißt es: Pustekuchen mit Qualitätsverbesserung!

(Beifall von der SPD)

Zu einem neuen Kita-Gesetz gehört natürlich auch die gebührenfreie Bildung von Anfang an. Hier machen Sie nur einen halben Schritt vorwärts; ansonsten bleibt es beim Flickenteppich für Nordrhein-Westfalen.

Nie waren die Bedingungen besser, nie waren die Bedingungen so günstig wie heute. Dennoch haben Sie nicht geliefert. Sie werden im Gesetzgebungsverfahren noch ordentlich nachlegen müssen, denn dann sind 80.000 Protestunterschriften nur der Anfang.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Maelzer. – Für die Fraktion der FDP hat nun Herr Abgeordneter Hafke das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute ist ein wichtiger Tag für die Elementarbildung, für die Kinder, für die Erzieherinnen und die Träger in unserem Land.

Wir sind im Wahlkampf angetreten, die Kitas in Nordrhein-Westfalen zu retten und für eine auskömmliche Finanzierung zu sorgen. Wir haben versprochen, mehr Plätze in Nordrhein-Westfalen zu schaffen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und die Qualität sowie die Sprachförderung in den Kitas voranzubringen.

Das, was wir im Jahr 2017 vorgefunden haben, und das, was in den letzten Tagen an Demonstrationen stattgefunden hat, um das in der Deutlichkeit hier zu sagen, sind der Protest und der Unmut der Betroffenen, die sieben Jahre die Politik von SPD und Grünen aushalten mussten,

(Beifall von der FDP und der CDU – Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist doch wohl der Hohn! – Regina Kopp-Herr [SPD]: Das ist wirklich lächerlich, Herr Hafke!)

weil Sie nicht in der Lage waren, ein gutes Kinderbildungsgesetz auf den Weg zu bringen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD] zeigt auf zwei Pakete. – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Was ist das hier? Das ist der Protest gegen eure Politik und nicht gegen die Opposition!)

Hannelore Kraft hat im Jahr 2010 versprochen, ein neues Kinderbildungsgesetz auf den Weg zu bringen, und ist 2017 gescheitert.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist auf dem Rücken der Erzieherinnen und Erzieher in diesem Land ausgetragen worden, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE] – Zurufe von der SPD)

Diese Sorgen und Probleme nehmen wir ernst.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Deswegen haben wir als Allererstes zwei Pakete zur Finanzierung der Kitas in Nordrhein-Westfalen zur Sicherung des Status quo auf den Weg gebracht.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das ist Ihr Job!)

Ich bin dem Minister, seinem Staatssekretär und dem ganzen Haus extrem dankbar, dass sie diese Mühen auf sich genommen haben und einen mühsamen Weg gegangen sind.

Sie haben das, was Rot-Grün nie geschafft hat, erreicht, nämlich mit den Kommunen gemeinsam 1,3 Milliarden Euro zu organisieren: Geld, das in die Zukunft der Elementarbildung fließt. Deswegen vielen Dank für dieses großartige Engagement.

(Beifall von der FDP und der CDU – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Woher kommen denn dann die Sorgen?)

Um es noch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen: Wir haben hier ein System von Ihnen hinterlassen bekommen, das nicht auskömmlich war.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Wir haben die Situation vorgefunden, dass Träger kurz vor der Abgabe standen. Wir haben es nun geschafft, dass 750 Millionen Euro strukturell pro Jahr plus Dynamik in das System fließen,

(Beifall von der FDP und der CDU)

damit sich Erzieherinnen und Erzieher sorgenfrei um die Kinder kümmern können. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Schritt, was die Qualität in unserem Land angeht.

(Zurufe von Dr. Dennis Maelzer [SPD] und Henning Höne [FDP])

Wenn wir ernsthaft wollen, dass Integration und Bildung tatsächlich in unserem Land funktionieren, ist Sprachförderung das A und O. Deswegen bin ich froh, dass wir hier die Mittel entsprechend verdoppeln.

(Zurufe von der SPD und der FDP)

Auch weil der Kollege Maelzer es gerade angesprochen hat: Ich bin froh und dankbar, dass wir im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ...

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

– Kollege Dennis Maelzer, hören Sie doch einfach mal zu, wenn hier vorne geredet wird; das wäre einfacher.

(Beifall von der FDP und der CDU – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das ist doch Ihre Fraktion! – Weitere Zurufe von der SPD)

Vielleicht nehmen Sie nicht einfach nur Unterschriften entgegen und machen irgendwelche Fotos für die Presse, sondern stellen sich mal sachlich einer Debatte mit vernünftigen Argumenten,

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Haben wir doch gemacht!)

die nicht irgendeine Utopie sind.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich will Ihnen gerade als Sozialdemokraten einmal erklären, warum es so wichtig ist, in Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu investieren, warum es so wichtig ist, etwas für Flexibilität zu tun.

Wenn Sie ernsthaft wollen, dass wir gegen Kinderarmut und Armut in unserem Land etwas unternehmen, müssen Sie dafür sorgen, dass Menschen in Arbeit kommen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ach!)

Das ist gerade für alleinerziehende Frauen extrem wichtig. Das geht nur, wenn die Kitas so flexibel sind und vor Ort entsprechende Betreuungsangebote schaffen können.

Deswegen setzen wir einen solch großen Schwerpunkt auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit die Menschen in diesem Lande auch arbeiten können.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, ...

Marcel Hafke (FDP): Um es direkt zu sagen: Wir möchten damit keine Kita überlasten, sondern wir investieren zusätzlich, damit zusätzliches Geld in die

Hand genommen und Personal eingestellt werden kann, um vor Ort mit den Kommunen zu schauen, wo das Personal ist, um Randzeitenbetreuung zu ermöglichen. Deswegen ist das meines Erachtens ein ganz entscheidender Schritt.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Hafke, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage vom Abgeordneten Baran.

Marcel Hafke (FDP): Sehr gern.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr.

Volkan Baran (SPD): Vielen Dank, Kollege Hafke, dass Sie die Frage zulassen. – Natürlich ist es richtig, dass man die sachliche Diskussion oder die Auseinandersetzung sucht. Warum sind Sie denn nicht rausgegangen zu den Leuten, die vor dem Landtag gestanden haben, um die sachliche Diskussion zu suchen?

(Beifall von der SPD)

Marcel Hafke (FDP): Das kann ich Ihnen gern beantworten. Ich habe in unserer Zeit in der Opposition und auch im Nachgang bei sämtlichen Demonstrationen und mit sämtlichen Akteuren immer wieder gern gesprochen, um die Probleme der Betroffenen zu analysieren.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Jetzt haben wir, nachdem das Aktionsbündnis auf uns zugekommen ist, genau dieses Angebot gemacht, über die Probleme und Herausforderungen der Erzieherinnen zu sprechen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ihr habt euch verweigert, die Unterschriften anzunehmen! Verweigert!)

Von der Anführerin des Aktionsbündnisses von der Linkspartei, Frau Schwabedissen, gab es nicht den Wunsch, dieses Gespräch zu führen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist falsch!)

Wir haben als CDU und FDP erneut dem Aktionsbündnis das Angebot gemacht, über die Herausforderungen in der Elementarbildung vernünftig und sachlich zu sprechen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Aber ihr verweigert euch, die Unterschriften entgegenzunehmen!)

Unserer Einladung zum Werkstattgespräch ist Herr Böning ja auch gefolgt. Er hat die entsprechenden Möglichkeiten genutzt, seine Position einzubringen.

Wir haben versucht, zu erklären, warum wir diesen Weg gehen, den wir Ihnen heute vorlegen.

Ich glaube, das ist das Zentrale: Es bringt nichts, sich Vorwürfe an den Kopf zu knallen, wer nach draußen geht und Unterschriften annimmt oder nicht. Ich nehme diese 80.000 Erzieherinnen und die Menschen ernst, die das unterschrieben haben.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ach!)

Ich habe auch volles Verständnis dafür, weil der Status quo eine Katastrophe ist. Deswegen müssen wir diesen Weg gehen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich diskutiere auch mit jeder Erzieherin in diesem Land einzeln aus, was wir machen. Ich glaube, jeder, der dieses Gesetz lesen wird, wird feststellen, dass wir hier eine zentrale Verbesserung für alle Tätigen in diesem Berufsfeld auf den Weg gebracht haben und hinterher tatsächlich mehr Geld in den Einrichtungen ankommt.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, wir hätten viele dieser Probleme heute gar nicht, wenn Sie in Ihrer Zeit viel mehr gemacht hätten, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Bertelsmann Stiftung hat schon vor Jahren gesagt, dass in Nordrhein-Westfalen 16.000 Erzieherinnen fehlen. Ihre designierte Parteivorsitzende, Frau ehemalige Ministerin Kampmann, hat sogar im Parlament abgestritten, dass es einen Fachkräftemangel geben würde. Das war der Stand, den wir in der Diskussion hatten.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Deswegen bin ich dem Minister dankbar, dass er hier in eine Fachkräfteoffensive eintritt, damit wir in den nächsten Jahren ausreichend Erzieherinnen und Erzieher haben, um eine gute Elementarbildung auf den Weg zu bringen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich will abschließend noch einen Punkt ansprechen, den ich für sehr wichtig halte, weil es in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen einmalig ist:

Wir wissen, dass wir in den Städten zu wenige Plätze für Kinder unter drei Jahren und über drei Jahren in der Betreuung haben. Deswegen ist dem Minister ein Meisterwerk gelungen, eine Platzausbaugarantie auf den Weg zu bringen, die dafür sorgt, dass jeder Platz, der von den Kommunen beantragt wird, auch genehmigt wird, sodass wir hier in den nächsten drei Jahren endlich vorankommen.

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Das war immer schon so! Das ist kein Novum!)

Sie schmücken sich hier immer wieder damit und behaupten, das wäre alles nur möglich, weil Frau Giffey ein angebliches Gute-KiTa-Gesetz auf den Weg bringen würde. Ich möchte Ihnen in aller Deutlichkeit sagen: Dieses sogenannte Gute-KiTa-Gesetz verursacht im Land Nordrhein-Westfalen massive Probleme, weil Sie es nicht geschafft haben, eine Entfristung auf den Weg zu bringen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie finanzieren ausschließlich für drei Jahre 400 Millionen Euro pro Jahr. Das ist zu wenig, wenn man sich damit schmücken will, ein Gute-KiTa-Gesetz auf den Weg gebracht zu haben.

Ich bin dem Finanzminister und der Landesregierung dankbar, dass sie trotzdem gesagt haben: Wir werden dauerhaft auch in die Finanzierung dieser 400 Millionen Euro einsteigen. Das ist eine seriöse Politik, die nachhaltig ist. Vielen Dank dafür.

Wir freuen uns auf eine gute und konstruktive Beratung in den Fachausschüssen und dann auch auf eine gute Verabschiedung, damit es hier in Nordrhein-Westfalen wirklich vorangeht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hafke. Sie haben es vielleicht gesehen: Es ist eine Kurzintervention von Herrn Dr. Maelzer angemeldet. Es steht Ihnen frei, sie von Ihrem Platz oder vom Rednerpult entgegenzunehmen. – Zunächst hat Herr Dr. Maelzer für 90 Sekunden Kurzintervention das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Kollege Hafke, Sie haben davon gesprochen, dass Sie die 80.000 Erzieherinnen und Erzieher, die den Protest gegen Ihre Politik formuliert haben, ernst nehmen würden.

Man demonstriert Ernstnehmen aber nicht dadurch, dass man die Menschen draußen vor der Tür stehen lässt und sich verweigert, die 80.000 Unterschriften entgegenzunehmen.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Da ist es auch keine Alternative, zu sagen: Wir würden hinter verschlossenen Türen mit euch sprechen, aber wir sind nicht bereit, die 80.000 Unterschriften anzunehmen, weil wir es einfach nicht aushalten, öffentlich in der Kritik zu stehen. – Das hat mit Ernstnehmen nichts zu tun.

Was ist das denn für eine Haltung? Es waren Menschen dabei, die sich in ihrer Freizeit dafür engagiert

haben, dass diese Unterschriften zusammengekommen sind, die in die Fußgängerzonen und zu den Eltern gegangen sind. Dann erklären Sie denen: Nein, eurer Engagement interessiert uns nicht; wir nehmen das nicht an.

(Beifall von der SPD)

Ich finde es hochspannend, dass Sie es an dieser Stelle wieder hinbekommen, gegen das Gute-KiTa-Gesetz zu polemisieren; denn ohne das Gute-KiTa-Gesetz hätten Sie doch keine einzige gute Botschaft in Ihrem Gesetzesvorhaben.

(Beifall von der SPD)

Für das beitragsfreie Kitajahr keinen Cent von Schwarz-Gelb. Für die plusKITA keinen Cent von Schwarz-Gelb. Für die Familienzentren keinen Cent von Schwarz-Gelb. – Alles Franziska Giffey und das Gute-KiTa-Gesetz.

(Lachen von der FDP)

An dieser Stelle würde ich mit großer Demut herangehen; denn in Wirklichkeit ist das, was von Landesebene kommt, im Vergleich zum aktuellen Kitajahr nur der Status quo und keinerlei Verbesserung.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Damit hat zumindest der Finanzminister überhaupt kein Dankeschön verdient.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Maelzer. – Herr Kollege Hafke, Sie haben das Wort für 90 Sekunden Erwidern.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Lieber Kollege Dr. Dennis Maelzer, wenn Sie die Menschen, die Betroffenen, die Erzieherinnen und Erzieher ernst nehmen würden, würden Sie sich hier und heute auf eine konstruktive Debatte einlassen und ernsthafte Vorschläge einbringen,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Haben Sie nicht gemacht! – Zuruf von Frank Müller [SPD])

wie die Situation der Erzieherinnen und Erzieher in diesem Land verbessert wird.

(Beifall von der FDP)

Sich hier hinzustellen, einen auf dicke Hose zu machen und einfach reinzubrüllen, ist der Sache überhaupt nicht dienlich. Ich habe von der SPD seit ihrer Abwahl nicht einen konstruktiven Vorschlag gehört.

(Beifall von der FDP und der CDU – Regina Kopp-Herr [SPD]: Das ist der glatte Hohn! – Frank Müller [SPD]: Das ist schlicht unwahr!)

Sie stellen sich hier hin und setzen unseriöse Forderungen mit Milliardenvolumen in die Welt, ohne einen Vorschlag zu machen, wie das gegenfinanziert werden soll.

Sie sagen, es müssten noch 600 Millionen Euro bis 700 Millionen Euro zusätzlich plus 1 Milliarde Euro Beitragsfreiheit ins System fließen, ohne zu sagen, woher Sie das Geld nehmen würden.

In Ihrer Regierungszeit haben Sie es gerade mal geschafft,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

300 Millionen Euro bis 400 Millionen Euro strukturell an Qualitätsverbesserungen ins System zu bringen.

(Frank Müller [SPD]: Gibt es jetzt Vorschläge oder Milliardenchecks?)

Ich empfehle Ihnen, ganz ruhig und sachlich an diese Debatte heranzugehen, zu prüfen und mit Demut vielleicht mal zu überlegen,

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

warum Sie abgewählt wurden. Das wäre eine vernünftige und seriöse Politik.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wenn Sie ernst nehmen würden, wie Sachdebatten laufen, würden Sie sich für das Gesetz von Frau Giffey nicht abfeiern, denn es verursacht genau das Gleiche. Natürlich ist das jetzt ein Anstoß; das hat auch niemand bezweifelt.

(Zuruf: Doch!)

– Nein, das habe ich nie bezweifelt.

Aber der Punkt ist, dass Sie das Land Nordrhein-Westfalen im Stich lassen. Nach drei Jahren hört die Finanzierung auf. Das ist unseriöse Politik. So können Sie keine vernünftige Finanzplanung machen und die Erzieherinnen und Erzieher angemessen finanziell ausstatten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das hat im Übrigen auch zu den Finanzproblemen in diesem Land geführt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hafke. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Paul das Wort. Bitte sehr.

Josefine Paul (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Entwurf spricht von einer grundlegenden Reform des KiBiz. Der Minister nennt es einen Meilenstein. Herr Hafke nennt es ein

Meisterwerk, bevor er sich dann dazu versteigt, hier auch noch oberlehrerhaft zu predigen.

Allerdings muss man doch ganz deutlich sagen, dass der Anspruch, der hier in Richtung grundlegender Reform formuliert wird, nicht eingelöst wird;

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

denn eine grundlegende Reform würde doch bedeuten, dass man die Finanzierung der Kitas wirklich einmal vom Kopf auf die Füße stellt. Diese Chance, lieber Herr Minister Stamp, verpassen Sie mit diesem Gesetzentwurf – und zwar um Meilen, um einmal Ihre Formulierung aufzugreifen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ihre sogenannte grundlegende Reform geht das grundlegende Problem überhaupt nicht an.

Jetzt haben wir die ganze Zeit darüber gesprochen, dass Sie oben Geld reinkippen. Wir sind auch dankbar, dass es mehr Geld im System gibt. Aber was braucht es in der Finanzierungssystematik, damit das Geld auch tatsächlich da ankommt, damit es tatsächlich zu mehr Qualität führt?

Planungssicherheit für Träger, Eltern und vor allem die Erzieherinnen und Erzieher ergibt sich aus einer verlässlichen Finanzierung. Was ist das Finanzierungssystem Ihres Gesetzes? – Sie halten fest an den Kindpauschalen, von denen wir alle miteinander wissen, dass sie der grundsätzliche Konstruktionsfehler des KiBiz sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die jährlichen Schwankungen durch Buchungszahlen und Buchungszeiten sind das Gegenteil von Verlässlichkeit. Reden Sie doch einmal vor Ort mit den Kitas. Die sagen: Aufgrund der jährlichen Schwankungen der Finanzierung müssen wir unter Umständen in einem Jahr Erzieherinnen entlassen und können sie vielleicht im nächsten Jahr wieder einstellen.

Ist das die Form von Verlässlichkeit, die Sie den Erzieherinnen und Erziehern draußen vermitteln wollen? – Ich glaube das nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Eine grundlegende Reform wäre doch ein Systemwechsel gewesen, der überfällig ist. Das sagen Ihnen auch alle Fachleute; aber anscheinend ist Zuhören doch nicht die große Stärke dieser Koalition.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir hätten endlich einen Übergang hin zu einer Einrichtungsfinanzierung gebraucht.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Warum habt ihr es nicht gemacht?)

Das wäre wirklich eine verlässliche Finanzierungsgrundlage gewesen.

Aber anscheinend – das habe ich in der letzten Debatte schon gesagt – musste das Gesetz in seiner grundlegenden Ausgestaltung so bleiben, weil es der Laschet-Gedächtnismurks ist. Der heutige Ministerpräsident hat diesen Murks auf den Weg gebracht, und daran darf man anscheinend nicht grundsätzlich rütteln. Das ist schade.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuvor von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ihre vollmundigen Ankündigungen, die Sie hier immer wieder gemacht haben, und die Sie mantraartig wiederholen, sind leider abgelöst worden durch das Prinzip Hoffnung:

Sie geben oben Geld rein in der vagen Hoffnung, dass unten Qualität rauskommt. – Das wird sich so nicht bewahrheiten, denn Ihr Gesetzentwurf versäumt es, die Kriterien für Qualität überhaupt festzuschreiben.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wann ist Ihnen denn die Erkenntnis gekommen, Frau Paul?)

Es gibt keine Festlegung auf eine Fachkraft-Kind-Relation; das wäre eine wichtige qualitative Verbesserung.

Es gibt keine Veränderung an der Personalbemessung, die sich auch an der realen Situation in Kitas orientiert. Wir müssen doch in die Personalbemessung auch die Fehlzeiten einpreisen.

Die Frage nach Urlaub, Krankheit, Fortbildung, mittelbarer und unmittelbarer pädagogischer Arbeit – bei allem gilt das Prinzip Hoffnung: Möglicherweise gelingt es in Kitas, möglicherweise gelingt es aber auch nicht.

Es gibt auch keine wesentliche Entlastung des pädagogischen Personals durch Verwaltungs- und Hauswirtschaftskräfte. Aber sind es denn nicht die pädagogischen Fachkräfte, die das Herz unserer Kitas und der Schlüssel zu mehr und guter frühkindlicher Bildung darstellen, Herr Minister? – Ich denke schon.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das sind zugleich ganz offensichtlich diejenigen, die von Ihrem Gesetz nicht so besonders überzeugt sind. Am 23. Mai 2019 standen 10.000 Menschen zwar leider nicht vor dem Landtag, aber am Rheinufer, und gestern übergab – wir haben schon darüber diskutiert – das Bündnis „Mehr Große für die Kleinen“ 80.000 Unterschriften.

Wir haben sie gern entgegengenommen; sie finden sich hier überall. Anscheinend konnten Sie es leider nicht einrichten, aber wäre das nicht ein wichtiges Zeichen von Anerkennung gewesen, wenn man sich der Diskussion gestellt hätte?

Herr Kamieth hat gerade zitiert, Zuhören sei der halbe Erfolg. Ja, warum machen Sie das denn dann nicht? Warum hören Sie denn dann den Betroffenen nicht zu?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Einlassungen, die Herr Hafke zum Thema gemacht hat, der mantraartige Hinweis auf die sieben Jahre usw., das zeigt doch nur: Sie sind in der Realität angekommen und merken jetzt, dass Regieren vielleicht gar nicht so einfach ist. Wenn Sie regieren und tatsächlich Verantwortung übernehmen würden, müssten Sie sich nicht ständig auf die letzten sieben Jahre beziehen, sondern hätten auch etwas Anständiges, was Sie vorlegen könnten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, auch in einem weiteren Bereich verfehlt dieses Gesetz die dringend notwendige soziale Steuerung. Sie haben sich auch für das zweite beitragsfreie Kitajahr abgefeiert.

Es ist richtig, dass wir einen Einstieg in die Beitragsfreiheit brauchen. Aber wäre es nicht richtig gewesen, endlich den Flickenteppich, den wir in den Kommunen bei den Beiträgen haben, zu beseitigen?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wäre es nicht richtig gewesen, eine soziale Steuerung einzuführen, eine landeseinheitliche Beitragstabelle, die sozial gestaffelt ist, die auch für gleiche Lebensverhältnisse in diesem Land sorgt, anstatt mit der Gießkanne Mitnahmeeffekte – beispielsweise auch bei Landtagsabgeordneten – zu erzeugen?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Auch die kostenlose Verpflegung in Kitas wäre ein sinnvoller Beitrag gewesen, Eltern nicht weiter zu belasten. Bei all diesen Dingen: nichts. Ihr Gesetz bleibt offensichtlich dem Prinzip Hoffnung treu.

Dann, Herr Minister, haben Sie Ihre Rede abgeschlossen mit den Worten: Die Gewinner sind unsere Kinder. – Ich gewinne den Eindruck, dass insbesondere die Kinder sowie die Erzieherinnen und Erzieher und die freien Träger bei dieser Gesetzgebung überhaupt keine Rolle gespielt haben.

Ich hoffe, dass wir doch noch etwas weiterkommen im Sinne von mehr Qualität, im Sinne unserer Kinder und auch im Sinne der Arbeitsbedingungen unserer Erzieherinnen und Erzieher. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Ich will an dieser Stelle darauf hinweisen – weil Frau Abgeordnete Paul das gerade angeführt hat, nach dem Motto: „Sie stehen hier überall“ –, dass die Kartons offensichtlich doch eine politische Demonstration sind.

(Monika Düker [GRÜNE] stellt einen Karton auf dem Tisch von Minister Dr. Joachim Stamp ab. – Henning Höne [FDP]: Das kann doch nicht wahr sein! Solch eine peinliche Aktion!)

Wenn das so ist, verstößt das gegen die uns selbst gegebenen Regeln, wie wir hier parlamentarisch miteinander umgehen wollen. Deswegen darf ich darum bitten, den Demonstrationsgegenstand von den Tischen herunterzunehmen.

(Monika Düker [GRÜNE] begibt sich mit dem Karton wieder zu ihrem Platz.)

Jetzt hat für die Fraktion der AfD Frau Dworeck-Danielowski das Wort. Bitte sehr.

(Fortgesetzt Unruhe)

Iris Dworeck-Danielowski^{*)} (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Herr Stamp den Gesetzentwurf eben vorgestellt hat, habe ich mich ein bisschen an 2001, an das Finale der Champions League, erinnert gefühlt – nach dem Motto: Da ist das Ding!

Ich muss sagen: Auch die jetzige Atmosphäre erinnert eher an ein Fußballstadion. Nach 24 Monaten Erwartung und Spannung ist die Euphorie vielleicht nicht ganz so groß wie 2001, aber auch wir müssen anerkennen, dass es tatsächlich positive Veränderungen gibt.

Ohne jeden Zweifel fließt mehr Geld ins System. Das zweite beitragsfreie Kindergartenjahr finden wir gut. Wir finden insbesondere gut, dass mehr Geld in die plusKITAs investiert wird. Die Aufwertung der Kindertagespflege, die Fachberatung, Qualitätssicherung etc. – das sind auf jeden Fall Veränderungen, die wir begrüßen.

Nichtsdestotrotz glauben wir, dass auch dieser Gesetzentwurf die Herausforderungen, vor denen die frühkindliche Bildung schon jetzt steht und in Zukunft wahrscheinlich noch viel mehr stehen wird, nicht lösen kann. Sie zahlen zwar mehr Geld in das System, aber es bleibt dasselbe System.

Damit meine ich allerdings nicht Kindpauschale oder Sockelfinanzierung, sondern etwas anderes. In der Problembeschreibung haben Sie selber ein Bild gezeichnet, warum der Bedarf an frühkindlicher Bildung kontinuierlich wächst.

Auf der einen Seite haben wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit ganz eigenen Bedarfen und auf der anderen Seite die frühkindliche Bildung in dem Sinne, dass der Bildungscharakter im Vordergrund steht.

In Ihrem Gesetzentwurf schreiben Sie selber: „Sprache ist der Schlüssel in der Bildungsbiografie“. Immer mehr Kinder haben einen Migrationshintergrund;

deswegen steht im Rahmen der frühkindlichen Bildung dem Spracherwerb sicherlich eine ganz besondere Rolle zu. Und es geht um frühkindliche Bildung als Instrument der Chancengleichheit, insbesondere für Kinder, die aus Familien stammen, die von Armut betroffen sind. Das sind allerdings unterschiedliche Intentionen und auch unterschiedliche Bedarfe.

Erst kürzlich hat die Bertelsmann Stiftung in ihrer Veröffentlichung zum Thema „Frühe Bildung trifft Armut?“ noch bemerkt, dass gerade in den Kommunen, wo die Kinderarmut hoch ist, die Betreuungsquote niedrig ist.

Das hat sicherlich mehrere Gründe. Nach wie vor ist es so, dass gerade in den Kommunen oder Stadtteilen, wo besonders viele Kinder geboren werden, die Quote derer, die Mindestsicherungsleistungen beziehen, besonders hoch ist, und dort auch viele Familien mit Migrationshintergrund leben. Da haben wir mehrere Ursachen auf einmal.

In diesen Kommunen und in diesen sozialen Brennpunkten wünschen wir uns viel mehr, dass die Kitas ausgebaut werden und es dort mehr plusKITAs gibt. Sie hätten dort gerne noch viel mehr Geld investieren können, weil das tatsächlich ein Akt der frühkindlichen Bildung ist, der unsere volle Unterstützung findet.

Allerdings muss man auch sagen, dass das Ganze an Grenzen stößt. Ich kann das aus eigener Erfahrung schildern; mein Kind ist aktuell in der Vorschule. Gerade Kinder, die aus diesen Familien kommen, nehmen, obwohl sie im Kindergarten in der frühkindlichen Bildung sind, die Bildungsangebote häufig nicht wahr, weil der familiäre Einfluss eben doch sehr groß ist. Die Mutter kommt zu spät, der Bus ist schon weg und der Ausflug kann nicht mitgemacht werden usw.

Unabhängig davon haben berufstätige Eltern andere Bedarfe. Das habe ich eben schon mal gesagt. Wir würden uns natürlich die Wahlfreiheit wünschen – da ist im Entwurf unseren Erwartungen sicher wieder nicht entsprochen worden.

Berufstätige Eltern haben sicherlich oft tolle Berufe, denen sie gerne nachgehen. Aber für viele Eltern ist es nach wie vor ein Sachzwang, das Kind schon mit einem Jahr oder zwei Jahren zur Betreuung in die Kita abzugeben. Wir wünschen uns nach wie vor finanzielle Unterstützung auch für Eltern, damit sie selber entscheiden können, ob sie ihr Kind lieber selbst betreuen möchten oder ob das in der Kita passieren soll.

Die Drosselung der U3-Betreuung hätte natürlich noch einen weiteren positiven Effekt, weil gerade Kinder unter drei Jahren logischerweise sehr viele Ressourcen binden und die Drosselung deshalb die Personalsituation entspannen würde.

Letzten Endes steht und fällt nämlich alles mit der Personalsituation. Das sehen wir gerade beim Pflegegestärkungsgesetz, das sich zunehmend als Rohrkrepiierer entpuppt. Das Problem ist nicht, dass wir die Stellen nicht haben, vielmehr fehlen die Menschen, die diesen Beruf ergreifen und ausüben wollen.

Ihre Fachkraftoffensive erschöpft sich bisher in Zuschüssen für Praktika und praxisintegrierte Ausbildung. Das ist sicherlich schon mal ein guter Anfang, allerdings auch eher ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wir hoffen doch sehr, dass sich hinter Ihrer Fachkraftoffensive noch eine weitergehende Strategie zur Personalgewinnung verbirgt; denn ausnahmslos ausreichend und gut qualifiziertes Personal sowie wenig Fluktuation führen zu einer wirklich guten Betreuung für unsere Kinder, die dann, was die frühkindliche Bildung betrifft, Kinder zu Gewinnern macht.

Die ersten Lebensjahre sind nun mal für die Persönlichkeitsentwicklung grundlegend. Wir bzw. Sie müssen die Bedingungen schaffen, damit es hinterher auch ein Gewinn für die kleinen Persönlichkeiten ist.

Noch ein Wort zur Kindertagespflege: Wir finden es großartig, dass Sie das aufwerten. Was wir allerdings überhaupt nicht verstanden haben, ist Folgendes: Sie sagen auf der einen Seite, es handele sich um familiennahe Betreuungskonzepte, die gerade für die kleineren Kinder besser seien, weswegen Sie diese fördern wollten. – Da sind wir ganz bei Ihnen.

Auf der anderen Seite erhöhen Sie dann aber die Betreuungsumfänge wieder so, dass das Angebot für bis zu 15 Kindern möglich ist. – Das können wir nicht nachvollziehen.

Die Idee des Sharings wird in der Praxis nicht aufgehen, weil die meisten Mütter, selbst wenn sie nur drei halbe Tage berufstätig sind, ihr Kind zur gleichen Zeit in die Betreuung geben möchten. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass man sich einen Betreuungsplatz teilt und die eine Mutter vormittags und die andere nachmittags arbeiten geht. Vielmehr wird es sich, selbst wenn sich zwei Mütter mit 18 Stunden Betreuungsbedarf an die Tagespflege wenden, vermutlich um das gleiche Zeitfenster handeln.

Dann haben wir aber nicht den positiven Effekt, dass man in der Tagespflege flexiblere Betreuungsmodelle anbieten kann. Dies wird eher dazu führen, dass die Gruppen deutlich chaotischer und größer werden und der positive Effekt der Tagespflege – dass wir kleinere Gruppen, eher einen Nestcharakter sowie eine stabilere Bindung haben – wieder verloren geht. – Das haben wir an dem Entwurf nicht verstanden.

Wir freuen uns natürlich auf die weitere Beratung und bedanken uns an dieser Stelle.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Dworeck-Danielowski. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung noch einmal Herr Minister Dr. Stamp das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin die Redezeit überzogen, deswegen mache ich es an dieser Stelle ganz kurz. Ich bin aber so massiv angesprochen worden, dass ich doch antworten möchte.

Ich gehe keiner Debatte aus dem Weg. Das weiß jeder, der mich kennt. Wir haben diejenigen auch eingeladen. Weil ich zig Gespräche mit Erzieherinnen und Erziehern, die ihre Argumente vorgetragen haben, geführt habe, will ich eines ausdrücklich sagen: Wenn wir bei der Wahrheit bleiben, dann müssen wir sagen: Fast alle diese Unterschriften sind gegen den Status quo gerichtet, den Sie zu verantworten haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen stehen die Unterschriften, da wo sie stehen – symbolisch gesehen –, genau richtig.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir nehmen sie aber gleich trotzdem gerne mit, um zu demonstrieren, dass wir uns selbstverständlich allem stellen.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Ich möchte noch eine Sache aufgreifen, weil das hier so beiseite gewischt worden ist. Sie behaupten, wir würden die Qualität nur mit Bundesmitteln unterstützen, und ignorieren dabei, dass wir die Lücke, die zu den massiven Qualitätsverlusten geführt hat, gemeinsam mit den Kommunen – ohne die Träger, ohne die Eltern hinzuzuziehen – ausgleichen werden.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Wessen Lücke ist das denn?)

Das ist die grundsätzliche Leistung, um überhaupt wieder Qualität ins System zu bringen.

(Beifall von der FDP und Daniel Sieveke [CDU])

Darüber hinaus ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister Dr. Stamp, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: – Das ist jetzt mein letzter Punkt in dieser Debatte. – Darüber hinaus sind

die Mittel aus dem Gute-KiTa-Gesetz bis 2022 befristet.

Wir gehen anschließend als Land für diese zusätzlichen 430 Millionen Euro alleine voll ins Risiko; ohne die Kommunen und ohne den Bund. Das ist unsere Verantwortung, die wir für die Kinder in Nordrhein-Westfalen übernehmen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister Dr. Stamp, es gibt den Wunsch nach zwei Zwischenfragen. Ich habe leider nicht die Gelegenheit gehabt, Sie zu unterbrechen. Damit ist deutlich signalisiert, dass die Zwischenfragen nicht akzeptiert werden.

(Zurufe von Josefine Paul [GRÜNE] und Frank Müller [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise aber darauf hin, dass die Landesregierung ihre Redezeit um insgesamt 3:23 Minuten überzogen hat. Mit Blick auf die bisherigen Redezeitüberziehungen gäbe es für die Fraktionen wegen der Redezeitkontingente noch die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden. – Das wird gewünscht von Herrn Dr. Maelzer für die SPD-Fraktion und Frau Kollegin Paul für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Herr Dr. Maelzer, Sie haben das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Minister, nicht dass ich Ihnen das letzte Wort in dieser Debatte nicht gönne, aber ich finde, nach diesen Einlassungen haben Sie doch noch eine Antwort verdient.

Sie haben davon gesprochen, keiner Debatte aus dem Weg zu gehen. Es passte nicht ganz dazu, dass Sie die Zwischenfragen nicht zugelassen haben und nicht die Größe hatten, hinaus zu den Erzieherinnen und Erziehern zu gehen und die Unterschriften entgegenzunehmen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ich möchte aber an dieser Stelle noch einmal ... – Stellen Sie doch eine Zwischenfrage, ich würde sie zulassen.

(Henning Höne [FDP]: Oooh!)

Ich möchte aber an dieser Stelle noch einmal mit dem Zahlenwust aufräumen, den Sie zum Besten gegeben haben. Nein, dieses Land gibt im Vergleich zum Status quo nicht Millionen mehr in das System. Sie ersetzen mit Landesmitteln ein ausgelaufenes rot-grünes Gesetz und ein noch laufendes schwarz-gelbes Gesetz. Sie ersetzen zwei Landesgesetze. Sie geben im Vergleich zum Status quo nicht mehr Geld. Sie erwarten mehr Geld von den Kommunen.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Dabei setzen Sie in vielen Bereichen auf das Prinzip Hoffnung; denn Sie haben suggeriert, dass wir jetzt ein auskömmliches Gesetz hätten. Damit suggerieren Sie den Kommunen, dass freiwillige Trägerübernahmen in Zukunft nicht mehr notwendig seien. Wenn das aber in Zukunft nicht mehr erfolgt, gehen Ihnen ganz viele freie Träger von der Fahne, und dann wird das, was Sie uns hier vorgelegt haben, ein Kitaträgervernichtungsprogramm.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Der Minister raunt mir gerade zu ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Maelzer ...

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Der Minister raunt mir gerade etwas zu. Ich weiß gar nicht – dürfen Minister eigentlich auch Zwischenfragen stellen?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Der Kollege Tigges möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielleicht geht die ja in die gleiche Richtung wie die des Ministers. – Gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr, Herr Kollege Tigges.

Raphael Tigges (CDU): Lieber Herr Dr. Maelzer, das geht in eine andere Richtung. Ich wollte eigentlich nur von Ihnen wissen, warum Sie sich jetzt hier so positionieren. Im alten Gesetz war auch eine Evaluierungsklausel mit vereinbart.

Sie waren in der Regierungsverantwortung, und Ihre Familienministerin Christina Kampmann hat es nicht geschafft, diese Evaluierungsklausel zu ziehen und ein neues Gesetz auf den Weg zu bringen. Sie hätten genug Zeit gehabt, das zu tun. Deswegen die Frage: Warum ist alles das, was Sie hier fordern, in den Jahren Ihrer Regierungsverantwortung nicht passiert?

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tigges, auch dafür, dass Sie hinterher tatsächlich noch zu einer Frage gefunden haben. – Herr Kollege Maelzer.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich habe mich über die Frage sehr gefreut – vielen Dank, Herr Kollege –; denn sie gibt mir Gelegenheit, auszuführen, wie un-

terschiedlich die Bedingungen, unter denen wir arbeiten mussten, zu denen sind, unter denen Sie heute arbeiten können.

(Zurufe von Marcel Hafke [FDP], Henning Höne [FDP] und Daniel Sieveke [CDU])

Sie haben im Landeshaushalt zusätzliche Steuereinnahmen in der Größenordnung von knapp 8 Milliarden Euro. Norbert Walter-Borjans hat 2016 dafür gesorgt, dass das Land erstmals einen ausgeglichenen Haushalt, sogar mit Überschüssen, vorlegen konnte. Sie haben jetzt noch mal 8 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen. Dann erwarten wir auch, dass das Geld entsprechend dafür eingesetzt wird.

(Beifall von der SPD – Zurufe von Daniel Sieveke [CDU] und der FDP)

Wir hatten die Situation, dass die kommunalen Spitzenverbände stets erklärt haben, nicht bereit zu sein, eine zusätzliche Ausgabe beim Kinderbildungsgesetz mitzutragen. Sie wollten sogar stärker entlastet werden.

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration)

Jetzt haben wir die Situation, dass wir eine Gemeinsamkeit herstellen konnten. Das erste Mal haben wir das übrigens hingekriegt, Herr Minister, als wir die Dynamisierung auf 3 % erhöht haben und deutlich mehr Landesmittel ins System gegeben haben.

(Zurufe von Marcel Hafke [FDP] und Daniel Sieveke [CDU])

Da hatten wir das erste Mal auch von der kommunalen Seite mehr Geld.

Der dritte Punkt sind die zusätzlichen Einnahmen des Landes durch den Länderfinanzausgleich, die kommen. Und wir hatten auch kein Gute-KiTa-Gesetz von Franziska Giffey.

(Zuruf: Dr. Giffey!)

Ich empfinde es als Treppenwitz, dass die CDU hier bei der Kritik daran dafür applaudiert, dass das Gesetz bislang noch bis einschließlich 2022 befristet ist. Denn es ist doch keine andere Partei als die CDU, an der es bislang noch scheitert.

(Beifall von der SPD)

Franziska Giffey und die SPD-Fraktion warten nur darauf, dass es endlich grünes Licht gibt, dieses Gesetz in Richtung unendlich zu stellen. Dann haben Sie, Herr Dr. Stamp, wirklich kein einziges Argument, warum Sie sich hier als Land so stark zurückhalten, was ein neues Kitagesetz und die entsprechende Finanzierung angeht.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Kollegin Paul das Wort.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist in der Tat eine sehr lebhafte Debatte, und es zeigt sich sehr eindeutig, dass offensichtlich noch viel Diskussionsbedarf darüber besteht, was ein wirklich gutes Gesetz zur Finanzierung der frühkindlichen Bildung eigentlich ausmachen würde.

Herr Minister, wenn Sie hier behaupten, dass im Grunde genommen all die Unterschriften gar nicht Ihr Gesetz meinen, sondern unsere Politik, dann will ich Ihnen sehr deutlich sagen: Diskreditieren Sie nicht den Protest der Menschen, die draußen protestieren und Ihnen deutlich vor Augen führen, wo Sie Ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Tun Sie nicht so, als hätte niemand Ihr Gesetz verstanden. Sie tun so, als hätte niemand das Gesetz gelesen. Sie tun so, als würde sich niemand außer Ihnen irgendwie ernsthaft sachlich damit auseinandersetzen können.

Diese Art und Weise, Zivilgesellschaft zu diskreditieren, das Engagement von Erzieherinnen und Erziehern so kleinzureden, steht Ihnen nicht gut zu Gesicht. Ich habe Sie bislang auch anders kennengelernt, Herr Minister.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Kommen Sie zu einer sachlichen Debatte zurück, und orientieren Sie sich nicht daran, dass hier immer diese Geschichtsklitterung betrieben wird, bei der sich Kollege Hafke immer so hervortut, weil er keine anderen Antworten findet, außer auf die letzten sieben Jahre zu verweisen.

Ich würde Ihnen gerne noch einmal etwas mit auf den Weg geben, wenn wir schon bei der Geschichtsstunde sind und uns vornehmen, immer bei der Wahrheit zu bleiben. Wenn wir bei der Wahrheit bleiben wollen, stellt sich doch die Frage: Wessen völlig verkorkstes Finanzierungssystem ist es denn? – Das KiBiz ist von Schwarz-Gelb eingeführt worden, und es war von Anfang an defizitär.

(Zuruf von der SPD)

Das Finanzierungssystem war von Anfang an schlecht. Sie bleiben dabei. Das heißt, die große Qualitätsoffensive ist ausgeblieben.

Sie regieren ...

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration)

– Ja, Herr Minister, Sie regieren deshalb, weil wir abgewählt worden sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt ist aber Schluss mit Wahlkampfparolen. Jetzt müssen Sie liefern! Daran werden die Leute Sie messen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dass Sie das Ziel verfehlen, zeigen Ihnen die 80.000 Unterschriften.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Paul. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Das bleibt auch beim Blick in die Runde so.

Dann sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung über die **Überweisung des Gesetzentwurfes** der Landesregierung **Drucksache 17/6726 – Neudruck**. Hier empfiehlt der Ältestenrat die Überweisung des Gesetzentwurfes an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** – federführend –, an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**, an den **Haushalts- und Finanzausschuss**, an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung** sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist einstimmig vom Hohen Hause so überwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit beim Tagesordnungspunkt 3 unserer heutigen Plenarsitzung:

3 Der Dortmunder Hafen braucht eine nachhaltige Zukunftsperspektive! – Die Landesregierung muss die umfassende Modernisierung des westdeutschen Kanalnetzes gegenüber dem Bundesverkehrsminister mit Nachdruck einfordern

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6751

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD Herrn Abgeordneten Löcker das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Carsten Löcker* (SPD): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Anderes Thema, aber auch wichtig: Der Dortmunder Hafen braucht eine nachhaltige Zukunftsperspektive!.

Ja, meine Damen und Herren, die Binnenschifffahrt bedarf eines besonderen Blickes, da sie in der Regel

als Verkehrsträger im Schatten – so würden andere sagen – von Straße und Schiene steht. Sie braucht mehr Bedeutung. Der Dortmunder Hafen ist die wichtigste Logistikkreuzung des östlichen Ruhrgebietes und von internationaler Bedeutung.

(Vereinzelte Beifall von der SPD)

Er hat eben nicht nur Bedeutung als wichtiger Binnenhafen Deutschlands und im Hinblick auf die ZARA-Häfen, sondern dieser Hafen sichert auch 160 örtlichen Unternehmen mit 5.000 Beschäftigten ihre Existenz. Das sollte man nicht vergessen.

Deshalb ist die Schleuse Henrichenburg, die die Zufahrt zum Hafen darstellt, sich zurzeit aber in einem maroden, besorgniserregenden Zustand befindet, ebenso von besonderer Bedeutung. Alleine in 2013 konnte die Schleuse an in Summe – meine Damen und Herren, hören Sie richtig hin! – 109 Tagen nicht genutzt werden. Der logistische und finanzielle Schaden, der dadurch den schleusenabhängigen Unternehmen entstanden ist, ist mittlerweile existenzbedrohend.

Deshalb sage ich hier klar und deutlich: Der Bau der zweiten Schleuse muss dringend beschlossen werden.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Nur so ist die notwendige Redundanz gewährleistet.

Auch die unter Denkmalschutz stehende Schwieringhauser Brücke ein paar Meter weiter muss dringend nach oben gesetzt werden, um die notwendige Durchfahrts Höhe und die Stützweite für die Klasse IVb – für Kenner: Vb – zu erhalten.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Es ist also die Frage erlaubt – das muss man hier deutlich sagen –: Wie viel Sanierungsstau können wir uns im Land eigentlich noch leisten? Mit Blick auf den Dortmunder Hafen wird es Zeit, endlich zu handeln.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Wir halten auch fest: Es müssen mehr Mittel in die Binnenschifffahrt und deren Infrastruktur fließen, um den massiven Sanierungsstau zu beseitigen. Die Kapazitäten müssen erhöht werden.

Auch die Reserven – da sind wir uns in der Sache einig – müssen erheblich stärker genutzt werden. Es reicht nicht aus, nur auf den Bundesverkehrswegeplan zu verweisen und dann im Grunde genommen abzuwarten, bis die ersten Unternehmen im Dortmunder Hafen pleite sind, weil wir es nicht schnell genug umgesetzt bekommen. Es muss schneller gehen!

(Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]: Genauso ist das!)